

Die Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Votales und Prospektives Reich, Dresden, für die Unterlage Rudolf Kohanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollner, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5. Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inletten 0.90 M. Die Zeitg. Kolonialzeitung 20 Pfennig, Inletten 0. auswärts 25 Pfennig, im Postamt 20 Pfennig. Verlags- u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 211.

Halle, Donnerstag den 12. September 1918.

2. Jahrgang.

Der Kaiser an die Arbeiter.

Bei einem Besuche der Kruppischen Werke in Essen hat Kaiser Wilhelm an die Arbeiter, seine lieben Freunde von den Kruppischen Werken, wie er sie nannte — eine Rede gehalten, in der er ihnen und den Arbeiterinnen seinen Dank ausdrückte für die geradezu überwältigende Art und Weise, in der die Kruppischen Werke dem deutschen Heere und „seinem Obersten Kriegsherrn“ zur Verfügung gestanden haben und die in diesem Kriege die deutsche Front im Westen und im Osten vor dem Feinde gehalten haben. „Es soll“, sagte der Kaiser, „feiner in unsemern Volk glauben, daß ich darüber nicht Weisheit weiß.“ Aber wenn verbannt vor all das Glend letzten Endes? „Aber hat davon schon bei Anfang des Krieges gesprochen, daß die deutsche Front im Westen und im Osten vor dem Feinde gehalten werden sollten? Wer ist es gewesen, der den furchtbaren Haß in diesen Krieg hineintrug? Das waren die Feinde. Wir wollen uns darüber klar sein wie die Dinge stehen. Ein jeder von Euch bis in die fernste Ecke unsemers Vaterlandes weiß, daß ich keinen Schritt unbedacht gelassen habe, unsemern Volk und unsemern gesamten geistlichen europäischen Welt diesen Krieg möglichst abzukürzen.“

Der Kaiser fuhr dann fort: „Im Dezember des Jahres 1914 habe ich ein offizielles, harsches, unabweisbares Friedensangebot im Namen des Deutschen Reiches und meiner Verbündeten den Gegnern übergeben. John und Spott und Verachtung ist die Antwort gewesen. Wiederholt in den vergangenen Monaten haben demokratische Leute auch der Regierung des Reiches in unangenehmer Weise jezt, die sie verteilten wollte, zu verstehen gegeben, daß wir jezt bereit sind, die Hand zum Frieden auszustrecken. Die Antwort ist: „ausgehender Vernichtungswille, die Ausrottung und Verschönerung Deutschlands.“

Es gehören zum Friedenmachen zwei. Wenn einer nicht will, kann der andere nicht, vorausgesetzt, daß er den anderen nicht niederwirft. So steht die absolute Vernichtungswille unsemern Gegnern gegenüber und den absoluten Vernichtungswillen müssen wir den absoluten Willen, unsere Existenz zu wahren, entgegenstellen. Unser tapferes Heer drängen hat Euch diesen Willen durch die Tat gezeigt, ist es im Westfronten, ist es in der Rückwärtsbewegung, ist es im Stellungskampfe. Es kommt nun darauf an, daß der Gegner möglichst viel verliert. Das ist erfolgt und das geschieht noch weiter. Der Kaiser gebot die Hebrigkeit des Feindes, der Soldaten von Heer und Marine. Diesen mußte nicht nur Material geliefert werden, sondern es wurde sich darum, daß jeder Deutsche und eine jede Deutsche weiß, daß wir uns unsere Existenz kämpfen und ringen, daß wir das äußerste aufzubringen müssen, um uns jezt zu wehren.

Ich kann mir wohl vorstellen, daß mancher unter Euch in dieser langen Kriegszeit sich wiederholt die Frage vorgelegt hat: Wie hat das kommen können und warum mußte uns das passieren, da wir eine Antwort nicht mehr ist, es ist eine Frage, die auch für die Zukunft beantwortet werden muß, für unsere Kinder und Enkel. Ich werde mir darin recht geben, wenn man diesen Krieg bezeichnet als hervorgerufen aus einer großen Verneinung. Es ist die Verneinung der Existenzbedeutung des deutschen Volkes, es ist die Verneinung unsemers Heeres, es ist die Verneinung unsemern Reichtums, es ist die Verneinung unsemern Geistes, in sich geteilt, strebend und erfindend auf allen Gebieten. Es arbeitete geistig und körperlich. Es gab aber solche, die nicht zu arbeiten wünschten, sondern auf ihren Lorbeeren ausruhen wollten. Das waren unsere Feinde. Wir kamen ihnen in die Nähe, und zwar durch erfindende Arbeit und durch wirtschaftliche Entwicklung, Industrie und Wissenschaft, Kunst und Volkserziehung, soziale Verbesserung usw. Dadurch kam unser Volk in die Höhe und da kam der Feind. Der Feind veranlaßte unsere Gegner zum Kampf und es kam der Krieg über uns, die wir unangenehm waren. Und jezt, da die Gegner sehen, daß alle ihre Hoffnungen, die sie in den früheren Jahren gehabt haben, trügerisch gewesen sind, wie unsere gewaltigen Ozeanflotten, nach deren Namen mit Recht eure neuen Werkstätten genannt werden, Schlag auf Schlag ihnen versetzt haben, nun erhebt sich auch noch der Haß dazu.

Nun, meine Freunde, was heißt? Der Deutsche, der Germane kennt seinen Haß. Wir kennen nur einen einzigen Feind, der dem Gegner einen Schlag versetzt, wenn er aber niedriger liegt, und blutet, reißt ihm die Hand und sorgen für seine Heilung. Der Haß zeigt sich nur bei den Wölfen, die sich untereinander schlagen. Wenn also manche Landstroläher betritt sind oder sich darüber wundern, daß ein so furchtbare Haß bei unsemern Feinden durch uns haben ist, so lies das daran, daß ihre Verneinungen vor sich gehen sind. Ein jeder, der den Charakter der Kruppischen Werke weiß, was es heißt, mit ihnen zu fechten. Er weiß, wie äghe sie sind. Im vergangenen Jahre in Flantern, wo unser Heer monatelang einer fünfjährigen Hebrmacht stand hat, ich jezt: Kinder, ich Euch eine Klar: Das ist kein Krieg wie früher, das ist ein Kampf um unsere Existenz, die man uns heilig macht. Bei einem solchen Kampfe geht es nicht um Geld. Wir wissen nicht, wenn das Ringen beendet sein wird, aber das eine wissen wir, daß wir den Kampf bestehen können.

Und nun, meine Freunde, laßt Euch noch auf eines hingewiesen. Ich habe gesehen, was täglich in Potsdam passiert ist, die gewaltige Verneinung gegen die jetzige Regierung. Das parlamentarische, republikanische und demokratische Volk der Engländer hat die ultrademokratische Regierung, die sich das russische Volk jezt zu formulieren begonnen hat, zu stürzen verurteilt, weil diese Regierung in Verneinung der Interessen ihres Vaterlandes, dem Volke den Frieden, nach dem es strebt, erzieht, der Angehörigen aber noch keinen Frieden haben will. So steht es also aus. Es ist ein Beweis der Gefährdung der Unterlegenheit, daß er zu solch verwerflichen Mitteln greift. Nezt kommt es auf die letzten Anstrengungen an; es geht

uns ganze, und weil unter Feinde es wissen, weil sie vor dem deutschen Heere den größten Respekt haben, weil sie wissen, daß sie unser Heer und unsere Marine nicht niedrigerungen können, deshalb verurteilen sie es mit der Verneinung im Innern, um uns müde zu machen, durch falsche Verdichte und Blumendruck. Das kommt über ein Arbeiter. Ich weiß sehr wohl, daß ein jeder von Euch mit Recht recht ist. Glaubt mir wohl, es ist für mich nicht leicht, jeden Tag die Sorge der Verantwortung für ein Volk von sieben Millionen zu tragen und dazu mehr als vier Jahre alle die Schwierigkeiten und die zunehmende Not des Volkes zu sehen. Der Kaiser sprach dann mit großer religiöser Aufschauung, von der Aufrichtigkeit der Kaiserin, wobei er auf das Göttervertrauen verweist und die Zweifel verwarf. Gaben wir denn eigentlich Grund zum Zweifel? Eine halbe Welt stand gegen uns und unsere treuen Verbündeten, und jezt haben wir Frieden mit Rußland, Frieden mit Rumänien; Serbien und Montenegro sind erledigt. Nur im Westen kämpfen wir noch. Und da sollte uns der liebe Gott im letzten Augenblick noch verlaßen? Wir sollten uns schämen über unsemern Kleinmut. Der kommt aber dann, wenn man Verdrüßten Glauben schenkt. Aus den Tatsachen, die Ihr selbst erlebt habt, da schmiedet Euch den festen Glauben an die Zukunft unsemers Vaterlandes.

Wir haben oftmals daheim und im Felde, in der Kirche und unter freiem Himmel, Ein feste Burg ist unser Gott, gesungen, daß es hinausgeschallt hat in das Himmelstau und in die Gewitterwolken hinein. Ein Volk, aus dem ein solches Lied entströmen ist, muß unüberwindbar sein. Meine Bitte und meine Aufforderung an Euch und durch Euch an die gesamte Arbeiterklasse, die sich so ausgesprochen und tüchtig gemeinert hat, und durch Euch an das gesamte Volk geht dahin: Ihr müßt mit mein Verhältnis zu meinem Volk sind maßgebend meine Worte von 4. August 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“ Es ist jezt keine Zeit für Parteien; wir müssen uns jezt alle zusammenzuschließen zu einem Volk, und hier ist wohl am ersten das Wort am Platze: „Werde hart wie Stahl und der deutsche Volkstolz, der Stahl zusammengehört, der soll kein Feinde keine Kraft zeigen.“ Wer also unter Euch entschlossen ist, dieser meine Aufforderung nachzukommen, wer das Herz auf dem rechten Fleck hat, wer die Treue halten will, der sie jezt auf und verspreche mir an Stelle der gesamten deutschen Arbeiterklasse: Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten. Dazu helfe uns Gott. Und wer das will, der antworte mir mit ja! (Die Versammelten antworteten mit lautem Ja!) Ich danke Euch. Mit diesen Ja gehe ich jezt zum Feldmarschall. Es gilt nun von jedem von uns die gelobte Pflicht auch zu erfüllen und an Geistes- und Körperkraft das äußerste einzusetzen für das Vaterland. Jeder Zweifel muß aus Herz und Sinn gehoben werden. Jezt heißt es: Durchhalte, die Schwertel hoch, die Herzen stark und die Muskeln geübt zum Kampfe gegen alles, was gegen uns steht, und wenn es noch so lange dauert. Dazu helfe uns Gott! Amen. Und nun lezt wohl, Leute!

In die Reihe der Kriegsgewinner ist nun auch den Germanen und Wurlan, dem Prinzen Max, den Graf, Hing, Hertling und dem deutschen Kronprinzen auch der Kaiser getreten. Die Kruppischen Arbeiter er für die ganze Arbeiterklasse

Entspricht das der Jubiläumsschaft?

Die Nord. Allg. Zeitung schreibt: „Ein heute im Nordwärts veröffentlichter Aufruf der sozialdemokratischen Partei erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie tatlos zusehe, wie der Ausbruch des Herrenhofes, der die preussische Verfassungslage berät, das Zustandekommen der geplanten Reform absichtlich verstocke. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die Staatsregierung hat keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß der Ausbruch des Herrenhofes die großen Aufgaben, die ihm gestellt sind, mit Ernst und Sachlichkeit behandelt. Der bisherige Verlauf der Beratungen läßt keinerlei Verstockungsabsichten erkennen und schließt es keineswegs aus, daß die Kommission zu Beschüssen gelangt, die dem Juli-Erlaß entsprechen. Es ist deshalb die Pflicht der Regierung, in den Gang der Verhandlungen zur Zeit nicht eingzugreifen.“

Nun, gegenüber der offiziellen Auslassung ist darauf hingewiesen, daß das Herrenhaus in seiner gestrigen Sitzung ebenfalls hat, einen Antrag auf Einführung eines Verfassungswahlgesetzes zu beraten, also eines Wahlgesetzes, das der Minister des Innern beim Beginn der Beratungen im Abgeordnetenhaus ausdrücklich als im Widerspruch mit der Jubiläumsschaft steht und deshalb als für die Regierung unannehmbar bezeichnet hat. Und heute sollte ein solches Wahlgesetz dem 3. Juli-Erlaß entsprechen?

Aus Berlin, 11. September, wird gemeldet: Der Wahldressausbruch des Herrenhauses hat heute vormittag um 11 Uhr nach der fünfjährigen Pause zum erstenmal wieder zusammen. Die Sitzung wurde von dem Minister des Innern, Dr. Drews, mit einer langen Rede eröffnet. Dann erhielt Oberbürgermeister Koch, Cassel, das Wort, um namens der Reuen Fraktion, die schon vorher von 9 Uhr ab beraten hatte, eine Reihe von Anträgen zu begründen. Um 1 Uhr trat eine zweistündige Mittagspause ein, während des Vormittags sah man eine

Deutschlands genommen und sich von ihr das Geblüts zum Durchhalten geben lassen. Es wird im deutschen Volk niemand geben, der die Niederlage Deutschlands wollte, der also nicht auch alle Anstrengungen zur Verteidigung des Vaterlandes gegenüber dem unbegrenztem Kriegswillen der Gegner wollte. Wenn aber irgend eine Rede in die Welt kommt, die bei den Feinden Eindruck zu machen, dann ist es die des Kaisers. Der Kaiser sprach wie ein absoluter Monarch. Gewiß hat er die Schuld abgelegt für den Krieg und seine mörderische Fortsetzung. Mit Recht konnte er die Schuld für die Fortsetzung des Blutvergießens auf die Gegner abwälzen. Er hat der Tapferkeit des Volkes an der Front und hinter der Front, namentlich auch der aufopfernden und aufreibenden Arbeit der deutschen Frau gedacht. Aber er hat nichts gesagt darüber, daß dem Volke Verletzungen gemacht worden sind für ein gleiches Wohlrecht. Der Kaiser sprach von der schwereren Verantwortung, die er für ein Volk von 70 Millionen zu tragen habe. Abgesehen davon, daß in den Bundesstaaten die Monarchen einen Teil von dieser Last tragen, muß gesagt werden, daß diese Lasten um so leichter werden, je mehr sie auf die Schultern des Volkes selbst gelegt werden. Dies ist leicht möglich durch die Demokratisierung der politischen Verhältnisse, durch die Gewährung des gleichen Wahlrechts und die Parlamentarisierung der Regierungen. Mit einem demokratischen Deutschland wird auch leichter zu einem Frieden zu kommen sein. Heute kann es deshalb nicht mehr gehen fern mit der Wiederholung des Wortes vom 4. August: „Ich kenne keine Parteien mehr! Wir brauchen die Demokratisierung als Grundlage für den zukünftigen Volkserbund. Jedenfalls würde die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie an der Stelle der Kruppischen Arbeiter die Frage des Kaisers hätte beantwortet, sich nicht mit einem einfachen Ja begnügt, sondern hinzugefügt haben, was uns im Innern tut. Das Innere ist von dem Wehrern nicht mehr zu trennen. Wenn wir lediglich einen Block bilden sollen gegen den ärgsten Feind, dann läuft das hinaus auf die Erfüllung der Wünsche der Mittelklasse.“

Der Kaiser hat auch gesagt, der Germane kenne keinen Haß; er gerate nur über die ihm widerfahrene Unbill in Zorn und schlage ihn nieder, um ihm dann wieder aufzuhelfen. Der Kaiser hat demnach nichts gehört von den wilden Gohgelängen, die nicht nur die altdeutsche Presse lange Zeit nach Kriegsausbruch durchstoben. Aber auch gerade diese Stelle der Rede des Kaisers muß am meisten auf Widerspruch stoßen, denn sie kann von den Friedensfreunden im Reichslande ausgelegt werden als ein Gegenstück zu der Rede Lloyd Georges vom Anodout. Den besten Eindruck dagegen hat der Hinweis des Kaisers gemacht auf das Vorgehen der demokratischen Westmächte gegen das ultrademokratische Rußland. Ausdrücklich hat es der Kaiser abgelehnt — und daran denkt in Deutschland kein Mensch —, daß wir uns in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen. Dem ist wohl auch die russische Räteregierung überzogen. So dürfen wir also hoffen, mit Rußland in ein immer besseres Verhältnis zu kommen. Nach dem Westen aber wird die Kaiserrede, wie schon gesagt, keinen Eindruck machen. Und nach Innen läßt sie das Bewußtsein von der mifft, was die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Durchhaltens stützen könnte.

Entspricht das der Jubiläumsschaft?

Reihe nationalökonomischer und konfessioneller Landtagsabgeordnete, darunter den Abgeordneten Fuhrmann, mit Herrenhausmitgliedern konfessionieren.

Aus dieser amtlichen Nachricht kann man nur das entnehmen, daß zwischen den Mitgliedern der beiden Häuser lebhaft getuschelt wird. Was namentlich der Minister des Innern in seiner langen Rede gesagt hat, darüber wird in sieben Sprachen geschrieben.

Graf Hertling und die Wahlrechtsfrage.

Der Reichstagsgraf Hertling wird, wie der Berliner Lokal-Anzeiger hört, in den nächsten Tagen die Führer der Reichstagsfraktionen getrennt empfangen.

Der vorgestrichen Besprechung zwischen dem Reichstagsminister und dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Dr. Friedberg und dem Minister Dr. Drews lagen Besprechungen zugrunde über die Haltung der Regierung zu den stehenden Beratungen über die Wahlrechtsfrage in der Kommission des Herrenhauses. Wie der Berliner Lokal-Anzeiger von eingeweihter Seite hört, ist die Regierung nach wie vor fest entschlossen, falls eine Einigung über das Landtagswahlrecht nicht in einer Form zustande kommt, wie sie der Regierung annehmbar erscheint, den Landtag aufzulösen. Auf der anderen Seite wird man sich aber durch noch so brutale Terrorisierungsversuche nicht davon abbringen lassen, dem Herrenhaus die Möglichkeit zu gewähren, ein so schmerzliches Reformnotwendig nach allen Möglichkeiten hin durchzubekommen.

Wie der Berliner Lokal-Anzeiger weiter hört, tritt am Dienstag, dem 17. September, der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei zusammen, um Stellung zur Reform des Landtagswahlrechts, zur Frage der etwa notwendig werdenden neuen Wahlen zu nehmen.

